hungernde und von der Cholera heimgesuchte Rußland entgegenstehen und damit die immer erschütternderen Berichte vergleicht, die aus den besonders schwer betroffenen Gouvernements des östlichen Nachbarreiches eingehen, so kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß jede Hilfe, auch wenn sie rasch und energisch ins Werk gesetzt wird, dennoch für viele Tausende dieser Unglücklichen zu spät kommen muß. In Reval sind Reisende aus dem inneren Rußland eingetroffen, die haarsträubende Einzelheiten von dem langsamen Zugrundegehen der Bevölkerung berichten. Längs der großen Eisenbahnlinien sammeln sich die Hilfesuchenden in Scharen, und auf allen Stationen sieht man Haufen abgemagerter und schwerkranker Menschen, die beim Einlaufen jeden Zuges den Reisenden die Hände entgegenstrecken mit gellendem Rufe: „Helft uns, um Christi willen, wir sterben vor Hunger.“ Cholera, Typhus und Ruhr raffen das erschöpfte Volk in Scharen dahin. Die Flucht vor dem Hungertode wächst ins Riesenhafte. Die Reisenden schätzen, daß jetzt ungefähr

sechs Millionen auf der Wanderung

nach Brot und Nahrung begriffen sind. Auch die Arbeiter und selbst die Rotarmisten fliehen und stürmen die Eisenbahnzüge. Häufige Überfälle sind an der Tagesordnung; auf offener Strecke werden die Züge oft für längere Zeit zum Stehen gebracht. Soweit das Auge reicht, sieht man eine ungeheure Welle wandernder Menschen. Saratow stellt ein Zigeunerlager hungernder, entkräfteter, vor den Augen der Umstehenden Sterbender dar. Alle sanitären Maßnahmen werden von den Kranken mit Mißtrauen betrachtet. Der Aberglaube treibt die tollsten Blüten; die Impfungen werden verhindert, die Kranken verborgen und die Toten nachts heimlich begraben. In der Nacht pflügen die Frauen die Grenzen der Dörfer, Beschwörungen ausstoßend, springen nackt über Haufen brennenden Holzes, in dem festen Glauben, daß die Cholera über Feuer und die gezogenen Marken nicht ins Dorf eindringen werde. Es wird beschlossen, Anzeige über herrschende Epidemien nicht zu erstatten und die Medizinalkommissionen vorbeifahren zu lassen. In den deutschen Kolonistendörfern des Wolgagebiets sterben täglich weit über 60 Menschen. 80 Prozent der Bevölkerung sind von Krankheiten heimgesucht.

Die Gegenmaßnahmen der Sowjetregierung

bringen keine Hilfe für die Notleidenden, sondern beschränken sich darauf, den Strom der Hungernden, der Moskau bedroht, abzulenken. Massen von Flüchtlingen nähern sich bereits Kasan. Trotzki ist bereits nach Tambow abgereist, von wo er die Anordnungen leiten wird, die einen Zuzug der Verhungerten und der Verseuchten verhindern sollen. An den bevorstehenden Operationen werden elf Infanterie- und zwei Kavalleriedivisionen teilnehmen. In Tambow durchbrachen Tausende von hungrigen Menschen die militärische Kette und begannen Geschäfte und Magazine zu plündern. Die Pferde der Feuerwehr und Kavallerie wurden gefangen, geschlachtet und an Ort und Stelle vertilgt. Auch aus Petersburg werden Unruhen gemeldet, die aber unterdrückt wurden. Die Cholera hat auch auf das Sanitätspersonal übergegriffen, ebenso auf die Roten Truppen, die den Hungernden entgegengesandt waren, um sie aufzuhalten. Viele Rotgardisten gingen zu den Hungernden über, da infolge der Verpflegungsnot auch in der Roten Armee eine erregte Stimmung herrscht.

Trotzki predigt den Krieg.

Angesichts dieses ungeheuren Elends glaubt Trotzki, der allmächtige Diktator Rußlands, er könne dem hungernden Volke Rettung durch einen neuen Krieg bringen. Der wahre Grund dieser Ausflucht ist aber ein anderer. Naturgemäß ist die Stellung der Sowjetregierung durch die herrschende Hungersnot sehr erschüttert. Während nun Lenin vorschlug, eine Koalitionsregierung zu bilden, deren einzige Aufgabe die Bekämpfung der Hungersnot sein sollte, hielt Trotzki eine Rede, in der er den Krieg gegen Europa und namentlich gegen Polen empfahl, um für das hungernde russische Volk Lebensmittel mit Macht zu holen. Er sagte u. a.: Das kapitalistische Europa wird uns niemals Hilfe bringen. Es gibt also für uns nur den einen Ausweg, daß wir uns mit Macht holen, was man uns nicht freiwillig geben will. Der erste Schlag muß gegen Polen gerichtet sein, dieses Volk, das in frechster Weise den Vertrag von Riga verletzt hat. Wir strafen Polen für seine Frechheit, und wir verschaffen uns das notwendige Brot. Man erkennt ohne weiteres, daß der Trotzkische Vorschlag nur darauf hinausläuft, die eigene Herrschaft wieder neu zu befestigen, während das Massenelend dadurch nur noch größer werden würde. Angesichts dieser Politik des Sowjetgewaltigen ist aber für die europäischen Staaten um so größere Vorsicht bei der Durchführung des begonnenen Hilfswerkes geboten, damit die Hilfe wirklich den Notleidenden zugute kommt.

Rußland läßt Gefangene frei.

Die amerikanische Regierung hatte bekanntlich den Russen mitgeteilt, daß die Vorbedingung für jede Hilfe gegen die Hungersnot die Freilassung der noch in Rußland gefangen gehaltenen Amerikaner sein müsse. Die Sowjetregierung hat diese Bedingungen angenommen und vorerst die in Rußland gefangen gehaltenen amerikanischen Bürger freigelassen. Als erste der Freigelassenen traf Frau Harrison, eine amerikanische Journalistin, in Begleitung des amerikanischen Senators France in Riga ein. Auch sämtliche ungarische Gefangenen werden nach einem zwischen der Sowjetregierung und der ungarischen Regierung getroffenen Abkommen vor Schluß des Jahres heimkehren.

*

Meuterei in Petersburg.

In Petersburg beging das Pawlowskiregiment wegen der Herabsetzung der Brotration Meutereien. Es gelang dem Kommandeur, die aufrührerischen Soldaten durch das Versprechen zu beruhigen, daß er versuchen werde, eine Besserung der Lage herbeizuführen. Am nächsten Tage wurde das Regiment auf einen Platz geführt, angeblich, um militärische Übungen vorzunehmen. Hier wurde der Platz von zuverlässigen kommunistischen Truppen umringt, und alle Soldaten, die bei der Meuterei eine hervorragende Rolle gespielt hatten, wurden vor die Front gestellt und auf der Stelle erschossen.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Weiterer Goldkredit in Holland.

Die Reichsbank teilt mit, daß sie sich durch Vermittlung des Hauses Mendelssohn u. Cie., Amsterdam, einen ferneren Kredit von 50 Millionen Goldmark beschafft hat. Die Gesamtsumme der durch Mendelssohn u. Cie. beschafften Kredite erhöht sich damit auf 250 Millionen Goldmark.

Das Abkommen über die Elbschiffahrt.

Der amerikanische Schiedsrichter hat gutem Vernehmen nach das Abkommen zwischen den deutschen und tschechischen Delegierten über die Abtretung der Nordwest-Dampfschiffahrtsgesellschaft seitens der Vereinigten Elbe-Schiffahrtsgesellschaft an die Tschechoslowakei gutgeheißen. Bezüglich des Restes der abgetretenen Schiffe hat der Schiedsrichter auf weitere Verhandlungen mit der Elbe-Schiffahrtsgesellschaft verwiesen.

Erhöhung der Bier- und Tabaksteuern.

Nach der Meldung einer Korrespondenz soll die Biersteuer durchweg um das Vierfache erhöht werden, so daß der jetzt für die unterste Stufe (20 Hektoliter Biererzeugung) geltende Steuersatz von 10 Mark für jedes Hektoliter künftighin 41 Mark betragen wird. Von den folgenden 8000 Hektolitern werden 42 Mark, von den weiteren 10 000 Hektolitern 43 Mark usw. zu entrichten sein. Aus der Tabaksteuer sollen Mehrerträge in der Höhe von 900 Millionen Mark durch Beseitigung der jetzt noch zugelassenen Ermäßigungen der Steuersätze, sowie durch eine Umgestaltung der obersten Steuerklassen für Rohtabake erzielt werden.

Verbotene sozialistische Kundgebung in Danzig.

Die sozialistischen Parteien Danzigs haben beim Senat den Antrag gestellt, ihnen eine Demonstration gegen die Erhöhung des Brotpreises am Donnerstag, den 4. August, zu gestatten. Der Senat hat das Ersuchen mit der Begründung abgelehnt, daß er darüber unterrichtet sei, daß aus Anlaß der Demonstration versucht werden solle, die Ordnung zu stören und den Senat zu stürzen.

Tschecho-Slowakei.

× **Keine Truppenzusammenziehungen gegen Deutschland.** In deutschen Blättern erschienen Meldungen über eine Konzentrierung tschechoslowakischer Truppen an den deutschen Grenzen, über die Abhaltung größerer Manöver unter französischem Kommando und über eine Verstärkung der Grenzgarnisonen. Die Blätter bezeichneten dies als gegen Deutschland getroffene Vorbereitungen. Das Tschechoslowakische Pressebureau ist ermächtigt, zu erklären, daß diese Meldungen unbegründet seien.

Brasilien.

× **Finanzmaßnahmen des Staates.** Die Kammer hat einen Ausnahmevorschlag gebilligt, der die Regierung ermächtigt, die Aufhebung aller Verträge bezüglich der Neubauten, Einstellung aller bereits begonnenen Arbeiten mit Ausnahme derjenigen für die Eisenbahnen, Verdoppelung der Einfuhrabgabe auf Automobile, Kognak, Spirituosen, Seide, Juwelierwaren, Parfumerien, Tapeten, Leinen, Konserven usw. anzuordnen, solange der Wechselkurs unter 10 Pence steht.

Aus In- und Ausland.

Weimar. Der Thüringer Landtag wurde auf Antrag der U. S. P. D. einstimmig aufgelöst. Der Versuch der Rechtsparteien, die Entscheidung auf den 30. August zu verschieben, scheiterte. Die Neuwahl findet am 11. September statt.

Düsseldorf. Der durch Franzosen verhaftete Reichstagsabgeordnete Erkelenz wurde sofort wieder entlassen. Der Zivilkommissar erklärte, es hätte sich um das Mißverständnis eines unteren Beamten gehandelt.

Düsseldorf. Die Reichspostverwaltung hat mit der Niederländischen Südafrika-Linie einen Kontrakt über Beförderung von Post nach dem ehemaligen deutsch-südwestafrikanischen Schutzgebiet abgeschlossen.

Mainz. Laut „Echo du Rhin“ ist der pensionierte General v. Tesmar in Trier von der Interalliierten Rheinlandkommission aus dem besetzten Gebiete ausgewiesen worden. Der General steht auf der belgischen Liste der Kriegsbeschuldigten.

Danzig. Die Danziger Gewehrfabrik ist auf Beschluß des Völkerbundrates geschlossen worden. Infolgedessen sind gegen 1300 Arbeiter, Angestellte und Beamte entlassen worden.

Warschau. Die Budgetkommission des polnischen Landtages nahm den vom Finanzminister eingebrachten Gesetzentwurf einer Ausgabe von 10 Milliarden verzinslicher Schatzscheine, zahlbar ab 1. Februar 1922, an.

Warschau. Nachdem die Wohnungsfrage, von deren Erledigung Tschitscherin die Ankunft des russischen Gesandten in Warschau abhängig gemacht hatte, eine Lösung gefunden hat, trifft die russische Sowjetvertretung nunmehr am 3. August in Warschau ein. Sie wird im Hotel de Rome untergebracht werden.

Lissabon. In Lissabon ist eine neue politische Krise ausgebrochen, bei der das Militär eine hervorragende Rolle spielen soll. Die Hauptstraßen und Plätze der Stadt wurden besetzt.

Arbeiter und Angestellte.

Rotterdam. (Streik der holländischen Bergarbeiter.) Sonntag sind die Delegierten der holländischen Bergarbeiter zu einer Konferenz zusammengetreten, auf der die Vorschläge der Bergwerksdirektoren besprochen worden sind. Danach fand eine allgemeine Versammlung der Bergarbeiter statt, auf der mit sämtlichen Stimmen der Streik für die holländischen Bergleute proklamiert wurde. Es handelt sich um Lohndifferenzen. Die Bergwerksdirektionen haben einen Vorschlag der Bergarbeiter, die vorgenommene Lohnermäßigung um 14 Tage zu verschieben, abgelehnt. Die deutschen Bergarbeiter haben sich mit ihren holländischen Kollegen solidarisch erklärt.

Paris. (Ablehnung des Anschlusses an Moskau.) Der Gewerkschaftskongreß in Lille lehnte in einer Mehrheit den Anschluß an die Moskauer Internationale ab. Der Kongreß erklärte, daß er sich der Gewerkschaftlichen Internationale Amsterdam anschließe. Es heißt, daß die Kommunisten den Allgemeinen Arbeiterverband verlassen wollen.

Welt- und Volkswirtschaft.

* **Der Ankauf von Gold für das Reich** durch die Reichsbank und Post erfolgt in der Woche vom 1. bis 7. August d. J. zum Preise von 340 Mark für ein 20-Markstück, 170 Mark für ein 10-Markstück. Für 1 Kilogramm Feingold zahlt die Reichsbank 47 600 Mark und für die ausländischen Goldmünzen entsprechende Preise.

* **Russische Ankäufe in Österreich.** Wie berichtet wird, ist der Vertreter Sowjetrußlands in Wien, der aus Moskau zurückgekehrt ist, ermächtigt worden, mit der Eisenindustrie Österreichs wegen Lieferung landwirtschaftlicher Maschinen für Rußland Verträge abzuschließen.

* **Keine Gefahr für die Kartoffelernte.** Vom Verband Deutscher Kartoffelinteressenten wird über die augenblicklichen Aussichten der Kartoffelernte folgende Mitteilung gemacht: Meldungen von einer angeblichen „Katastrophe“ in der Kartoffelernte sind übertrieben. Der sandige Boden der Mark Brandenburg und anderer Gebiete leidet zwar außerordentlich unter der Dürre; diese Gebiete sind aber nicht ausschlaggebend für die Gesamternte. Die Frühkartoffelernte ist gut über mittel gewesen, und die Herbstkartoffelernte dürfte sich, zumal auf schwererem Boden, wieder erholen, sobald Regen kommt. Zurzeit läßt sich die Herbstkartoffelernte durchaus noch nicht übersehen. Vorzeitige Angstmeldungen können höchstens, ähnlich wie im Vorjahre, zu Angstkäufen und damit zu übertrieben hohen Preisen führen. Trotz der Gluthitze bewahre man also kaltes Blut.

* **Das Schicksal der deutschen Elbschiffe.** Die Nachricht über die Abtretung der Tonnage der Vereinigten Elbe-Dampfschiffahrtsgesellschaft an die Tschechoslowakei wird von tschechischer Seite dementiert. Tatsächlich sucht man die Verhandlungen, die bisher zu keinem Ergebnis führten, bis zum 10. August zum Abschluß zu bringen. Falls dann keine Einigung erwirkt ist, wird ein Schiedsgericht angerufen.

Die Rechtsansprüche der bisherigen Schulleiter

Einige Dresdner und Chemnitzer Schuldirektoren hatten gegen ihre Anstellungsbehörde, die Schulgemeinden, beim Landgericht Dresden bezw. Chemnitz Feststellungsklage erhoben. Es sollte festgestellt werden, daß die Beklagten verpflichtet sind, auch nach dem 22. Juli 1922 den Klägern, und zwar auch dann, wenn sie nicht zum Schulleiter gewählt werden oder sich überhaupt nicht zur Wahl stellen, und wenn sie den Dienst unter einem anderen Schulleiter ablehnen und ihre Entlassung nicht beantragen, a) jedem sein bisheriges Diensteinkommen als Volksschuldirektor entsprechend seinem Angestelltenvertrag zu gewähren; b) für den Fall, daß infolge künftiger Aenderungen der Besoldungsvorschriften das Diensteinkommen eines Schulleiters im Dienste unter dem betreffenden Kläger größer sein sollte, dieses Diensteinkommen zu gewähren. Da der Rechtsvertreter der Schulgemeinde Dresden im Kultusministerium mitgeteilt hatte, seine Klienten werden im Falle Unterliegens an dem Staatsfiskus Regreß nehmen, ist der Staatsfiskus dem Rechtsstreit beigetreten.

Wie der Verein sächsischer Schuldirektoren soeben mitteilt, hat das Landgericht Dresden jetzt den Einspruch der Kläger anerkannt und die Kosten dem Beklagten auferlegt.

Nachruf für Emil Nitzschke

Die Sächsische Demokratische Korrespondenz widmet dem verstorbenen Staatsminister a. D. Emil Nitzschke einen Nachruf, in dem es u. a. heißt:

Emil Nitzschke gehörte zu jenen Männern, die sich aus einfachen, bescheidenen Verhältnissen durch eisernen Fleiß und Selbstzucht nach und nach zu hervorragender Führerstellung emporgearbeitet haben. Ganz besonders war seine Sachkenntnis in Wirtschafts- und Verkehrsfragen geschätzt. Alle, die die Entwicklung Sachsens in den letzten zwölf Jahren verfolgt haben, wissen, wieviel unser engeres Vaterland Nitzschkes Weitblick und Wirken zu verdanken hat. Auch die, die nicht in jedem Punkte seiner Politik folgen konnten, erkennen heute rückhaltlos an, daß er seine reichen Gaben nur zum Wohle des Vaterlandes genützt hat. Im Dienst am Vaterlande hat er seine Kräfte aufgezehrt. Die Elastizität seines Geistes, rasche Auffassungsgabe und Schlagfertigkeit befähigten Nitzschke in hohem Maße zum Partei- und Fraktionsführer. Unterstützt wurde er dabei durch eine große Redegabe. Dem Redekampf in Parlament und Volksversammlung war er in gleicher Weise gewachsen. Die Geschichte unserer Zeit wird Emil Nitzschke stets unter den Männer nennen, die auch in der schwersten Not unseres Vaterlandes nicht verzweifelten, sondern unverzagt an den Wiederaufbau gingen. Sein Glaube an die wiederaufbauende Kraft der Demokratie war unerschütterlich. „Durch Arbeit zur Freiheit“ war auch seine Losung.

Ehre dem Andenken Emil Nitzschkes!

Sächsische und lokale Mitteilungen.

Naunhof, den 2 August 1921.

Merkblatt für den 3. August.

Sonnenaufgang	4^{36}	Mondaufgang	8^{00} V.
Sonnenuntergang	7^{47}	Monduntergang	7^{00} N.

1811 Gründung der Universität Breslau. — 1911 Bildhauer Reinhold Begas gest. — 1914 Kriegserklärung Deutschlands an Frankreich. — Einmarsch der Deutschen in Belgien. — 1919 Rechtslehrer Joseph Kohler gest.

□ **Auszahlung von Kriegsgefangenenguthaben.** Den aus England heimgekehrten Kriegsgefangenen wird bekanntgegeben, daß die durch die Hauptkasse für das Kriegsgefangenenwesen, Berlin SW. 68, Schützenstr. 3, auf Grund ihrer dort vorgelegten Gutscheine ausgezahlten Gelder nur vom Reich geleistete Vorschüsse darstellen, und daß die endgültige Abfindung erst nach Eingang der fremdstaatlichen amtlichen Guthabenlisten erfolgen kann. Denjenigen heimgekehrten Kriegsgefangenen, welche aus England in der Zeit vom November 1918 bis Ende August 1919 zurückkehrten, wird ein Umrechnungskurs von 50 M. für 1 Lstr. berechnet, weil dieser Kurs den Durchschnittskurs dieser Zeit darstellt. Für die nach dem 1. September 1919 aus England Heimgekehrten und für alle aus Frankreich Zurückgekommenen wird der Kurs des Entlassungstages aus dem Durchgangslager gewährt. Die Annahme der Heimgekehrten, die fremdstaatlichen Regierungen hätten den ihnen noch zustehenden Arbeitsverdienst in bar an die deutsche Regierung gesandt, ist unzutreffend. Barüberweisungen an Arbeitslohn haben noch nicht stattgefunden, sondern es sind nur teilweise Mitteilungen über die Höhe der bei der Entlassung der Kriegsgefangenen vorhanden gewesenen Guthaben (Guthabenlisten) eingegangen. Die in diesen Listen vermerkten Guthaben im Gesamtbetrage von etwa 43 000 Lstr. sind bereits zu endgültigen Auszahlung gelangt. Die Forderungen der Kriegsgefangenen bestehen nicht gegen das Deutsche Reich, sondern gegen die ehemals feindlichen Regierungen. Wenn das Reich eine vorläufige Anzahlung vor dem Eingang der amtlichen Guthabenlisten leistet, so geschieht dies freiwillig und aus Entgegenkommen für die Heimgekehrten. Einen rechtlichen Anspruch darauf haben sie nicht. Ein weiteres Entgegenkommen der Reichsregierung besteht darin, daß auch ohne Beibringung von englischen Gutscheinen ein Vorschuß bis zu 100 Mark auf den erdienten Arbeitslohn gezahlt wird, wenn ein solcher Anspruch irgendwie glaubhaft gemacht wird.

— Naunhof. Ueber das Wetter haben die Schützen auch diesmal keinen Grund zum Klagen gehabt, es war brillant. Ein prächtiger Sonntagmorgen begrüßte die Feststadt. Kein Wölkchen trübte den blauen Himmel, aber die Sonne stach unbarmherzig. Kurz nach 12 Uhr wurde auf dem Marktplatz gesammelt, und als alle Vorkehrungen getroffen waren, setzte sich der Zug in Bewegung. Eine stattliche Anzahl Reiter eröffnete denselben. Die Freude in der Bewohnerschaft war allgemein, überall gabs Jubel, und so war es erklärlich, daß die Festteilnehmer allenthalben begrüßt und mit Blumen geschmückt und geehrt wurden. Als der Zug die Kaiser-Wilhelmstraße passierte, wurde jeder Schütze mit einem Rosensträußchen geschmückt, ein Geschenk des Herrn Werner vom Rothenburger Erker. — Heute zum dritten und letzten Tage wird um die Königswürde gestritten, bei eintretender Dunkelheit gibts großes Feuerwerk und damit findet das Fest für dieses Jahr seinen Abschluß.

— Naunhof. Der Turnverein Naunhof (D. T.) feiert am 14. August sein 37. Stiftungsfest verbunden mit Schau- und